

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 24

Artikel: New look im old design : die kubanischen Medien im relativen Wandel
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094636>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die kubanischen Medien im relativen Wandel

New Look im Old Design

Eine Übersicht über Presse, Radio und Fernsehen auf Kuba verschafft uns hier ein Kenner der dortigen Verhältnisse. Wir haben uns zur Wahrung seiner Anonymität verpflichtet.

Das kubanische Radio und Fernsehen sind lebendiger geworden. Die parteioffizielle Tageszeitung «Granma» ihrerseits hat eine Rubrik für Klagen und Reklamationen der Bevölkerung eingeführt. Diese Neuerungen traten ein, nachdem an einer Politbürositzung im Mai dieses Jahres erhebliche Kritik an fehlender Dynamik und Originalität der kubanischen Medien geübt worden war. Die Behörden haben endlich eingesehen, dass das Volk von steriler Propaganda und phantasielosen Programmen übersättigt ist und lieber ausländischen Sendern zuhört. Dabei ist es doppelt ironisch, dass nach Jahren und Jahrzehnten einer antiamerikanischen Hasspropaganda die meisten Kubaner der «Stimme Amerikas» den Vorzug geben.

Allerdings wäre es falsch anzunehmen, dass die Änderungen die Pressefreiheit in Kuba einläuten würden. Die Kritik an den bürokratischen Unzulänglichkeiten und die Suche nach Sündenböcken werden nur in einem streng kontrollierten Rahmen zugelassen. So wird ein nützliches Sicherheitsventil nach sowjetischem Vorbild geschaffen.



Für die kubanischen Medien gilt die Selbstzensur. Theoretisch können sie über alles berichten, was die Verfassungsbestimmung über die Wahrung staatlicher Geheimnisse nicht verletzt. Praktisch ist aber jegliche Kritik an Präsident Castro oder anderen politischen Führern, an der Aussenpolitik sowie an den Grundsätzen des Sozialismus ausgeschlossen.

Alle Journalisten gehören der Union der kubanischen Journalisten an; sie werden als «Arbeiter an der ideologischen Front» bezeichnet,

und das unter der politischen und ideologischen Führung der Kommunistischen Partei Kubas (PCC).

Die wichtigste Tageszeitung, «Granma», ist nach dem Boot benannt, in welchem Castro und sein Anhänger 1956 von Mexiko nach Kuba zurückkehrten, um den Kampf gegen Batista aufzunehmen. Sie entstand 1965 aus einer Fusion zwischen Castros Zeitung «Revolucion» und dem Organ der früheren Kommunistischen Partei, «Hoy». «Granma» ist die offizielle Zeitung der PCC.



Seit Veröffentlichung der Politbüroanweisung im Mai hat «Granma» zwei neue Rubriken eingeführt. «A vuelta de correo» (den Leserbriefen entsprechend) veröffentlicht Klagen aller Art, über Insekten in Bierflaschen oder über Gesundheitsrisiken von Abfällen entlang den Strassen, über die Anmassung einiger Buschauffeure oder über Zuständigkeitsstreitigkeiten in den Docks von Havana. Die andere Rubrik, «Chizpazos» (Funken), ist banaleren Fragen vorbehalten.

Andere Medien haben den Trend aufgenommen. «Juventud Rebelde» (Rebellierende Jugend), die Zeitung der Union der Jungkommunisten, hat sich kürzlich dem Problem der sexuellen Gleichberechtigung zugewandt.

Das Magazin «Bohemia» hat das tiefe Niveau der Fernsehsendungen kritisiert, und das seit 1980 bestehende Magazin «Opina» hat die schlechte Qualität und das mangelhafte Angebot an Konsumgütern aufs Korn genommen: ein heikles Problem in Kuba, wo die Rationierung von Grundnahrungsmitteln 25 Jahre nach der Revolution die Regel bleibt.

Die elektronischen Medien werden vom Instituto Cubano de Radio y Television kontrolliert. Das Fernsehen ist das wichtigste Propagandainstrument des Regimes und wird ebenfalls etwas modernisiert. Es gibt zwei Kanäle, die jetzt vom frühen Morgen bis gegen Mitternacht senden. Beide sind von vorwiegend schwarzweiss auf mehrheitlich farbige Sendungen übergegangen, obschon die meisten Kubaner nur schwarzweiss empfangen können. Nachrichtensprecher, die mit grimmiger Miene ihre Manuskripte ablesen, werden jetzt durch Filme, Karten und Bilder unterstützt.

Das Radio sendet mehr Volks- und populäre Musik, Dokumentarberichte und Hörspiele. Die zwei beliebtesten Stationen, Radio Liberation und Radio Rebelde (das von Castro als Untergrundstation während des Guerillakrieges in der Sierra Maestra gegründet wurde), haben fusioniert und senden jetzt 24 Stunden täglich.

Radio Rebelde Nuevo Estilo ist auf leichte und volkstümliche Musik spezialisiert und lockert sie mit häufigen, aber kurzen Nachrichten auf.

Es bleibt abzuwarten, ob sich der neue Trend noch weiter durchsetzen kann. Als 1979 in einem Bericht an das 9. Plenum des Zentralkomitees der PCC die Verwendung der Medien als Instrument der Kritik vorgeschlagen wurde, haben einige Journalisten die Grenzen überschritten. Kurz danach erschienen in «Bohemia» zwei Artikel (25. 1. und 1. 2. 1980) unter dem Titel «La prensa en la Mirilla» (Die Presse durch das Schlüsselloch), in denen sich Journalisten über Mängel in Ausbildung, Arbeitsmöglichkeiten und Informationszugang beklagten. Darauf wurde Redaktor Angel Guerra entlassen.

Doch für Castros Regime bleiben die ausländi-



Geelhaar
für alle
Teppiche.
für sämtliche
Teppichreparaturen.
für jede
Teppichpflege.

Marktgasse 42 Tel. 22 05 66
Thunstrasse 7 Tel. 43 11 44



schen Medien der grosse Sündenbock, zumal die Kubaner lieber ausländische Radiostationen hören.

Nach einem «Granma»-Bericht vom 1. August fand in Havana vom 23. bis 31. Juli 1984 das 9. Seminar der lateinamerikanischen und der karibischen Journalisten statt, an dem 24 Journalisten aus 18 Ländern teilnahmen, die allerdings weder nach ihrer Zahl noch nach ihrer Richtung für den Kontinent repräsentativ waren. Die Teilnehmer billigten denn auch eine 11-Punkte-Erklärung zur Unterstützung «aller Bemühungen für eine neue internationale Medienordnung, die sich gegen die Diffamierung

der Dritten Welt und der Freiheitsbewegungen richtet». Das ist leeres Reden. Offensichtlich mobilisieren die Kubaner und ihre osteuropäischen Alliierten Drittweltunterstützung für das UNESCO-Projekt der «neuen Medienordnung» zur Erleichterung der staatlichen Kontrolle über die Medien.

Es war somit reine Heuchelei der Kubaner, dass sie im Schlussdokument des Seminars einen Hinweis aufnehmen liessen mit dem Bedauern, «dass das Bestehen ernsthafter Begrenzungen der Pressefreiheit die Journalisten daran hindert, die soziale Mission der Presse hochzuhalten». ■

In Washington wird grundsätzlich die Meinung vertreten, Zugeständnisse, Gesten im voraus ermunterten Moskau nur, Gespräche weiterhin von sich zu weisen. Verwiesen wird darauf, dass der Kreml einen (oder mehrere) realistischen Weg suchen muss, denn er steckt – nebenbei – in einer Führungs- und (schlimmen) Agrarkrise.

Es ist nicht einfach, das Gespräch zwischen den beiden Supermächten neu zu beleben. Seit der November-Wiederwahl pflegt Moskau eine etwas moderatere Sprache und «sendet Signale» (die aber niemals bedeuten, dass es von seiner Weltmacht-Strategie und -Taktik abzurücken gedenkt). Möglicherweise zeigt Michael Gorbatschew, die vermutete Nummer 2 im Kreml, einen Weg während seiner London-Visite am 15. Dezember via Margaret Thatcher auf.

Verhandlungen realistisch

Neben der gemässigten Ausdrucksweise der Sowjets ist es von grosser Bedeutung, dass in letzter Zeit – insbesondere im Hinblick auf das von Tschernenko angeregte Treffen Schultz-Gromyko anfangs 1985 in Genf – nicht mehr in jeder Verlautbarung als Vorbedingung für die Wiederaufnahme von Verhandlungen der Abbau der bereits in Westeuropa aufgestellten amerikanischen Pershing-II und Cruise Missiles (Marschflugkörper) genannt wird.

Die amerikanische Verhandlungs-Wunschliste umfasst eine breite Themenpalette: Reagan wäre es recht, über Weltraum-, Lang-Mittelstrecken-, chemische und konventionelle Waffen zu verhandeln, aber ebenso – und gleichzeitig – über vertrauensbildende Massnahmen in Europa. Die sowjetische Führung hingegen möchte vorrangig über die Weltraumwaffen sprechen. Diese Systeme sind noch nicht einsatzbereit, zudem von den Amerikanern zur Abwehr eines atomaren Raketenangriffs gedacht. Vor Beginn solcher «Abrüstungs»-Verhandlungen, wie sie die Sowjetunion verlangt, müssten die USA die weitere Erprobung einstellen.

Hinter dieser Forderung verbirgt sich die Finte, damit den weiteren amerikanischen Technologievorsprung auf einem wichtigen (defensiven) militärischem Gebiet stoppen oder zumindest verzögern zu suchen.

Beide Supermächte dürften sich gegenwärtig in einem Stadium des vorsichtigen Abtastens befinden, wobei die amerikanische Einschätzung, dass die Sowjets bis spätestens nächsten Frühling an den Verhandlungstisch zurückgekehrt sein dürften, durchaus realistisch erscheint.

Präsident Reagan gestaltet die Aussenpolitik der USA nicht allein. Er muss sie mit dem Senat teilen. In diesem verfügt seine Partei der Republikaner über eine knappe Mehrheit von zwei Sitzen. Politik nach aussen kostet Geld, und über die Staatsausgaben gebietet das Repräsentantenhaus, in dem die Demokratische Partei die Mehrheit stellt: Im Endergebnis ist jede Reagansche Aussenpolitik ein Kompromiss, und zwar zwischen Weissem Haus und Kongress.

Jacques Baumgartner

Der Kommentar

Reagan in der 2. Runde

Seit John F. Kennedy hat es keinen amerikanischen Präsidenten mehr gegeben, der es den westeuropäischen Verbündeten hätte recht machen können. Ronald Reagan bildet keine Ausnahme. Nun müssen die Westeuropäer vier weitere Jahre mit ihm leben, ob's ihnen passt oder nicht. Dasselbe gilt auch für die Machthabenden in Moskau. Gerne hätten sie die Wiederwahl von Reagan verhindert, ihm ein paar Stolpersteine in den Weg gelegt – wie auch schon anderen US-Präsidenten –, aber sie mussten sich hüten. Alleine diese Tatsache spricht für die bisher richtige Aussenpolitik von Reagan. Gewissermassen den Beweis lieferte der sowjetische Aussenminister Andrej Gromyko, als er am vergangenen 28. September (sechs Wochen vor den Wahlen vom 6. November) den Präsidenten im Weissen Haus zu Washington aufsuchte...

Auch die Männer im Kreml verfügen über kluge und kühle Köpfe. Dennoch, ein kalkulierbares Risiko, wie es Reagan darstellt, ist ihnen lieber und angenehmer als beispielsweise sein sprunghafter Vorgänger Jimmy Carter.

Die gegenseitige «Berechenbarkeit» vermindert die Gefahr einer katastrophalen, und zwar für die gesamte Menschheit, Fehlrechnung.

Mit seiner Wiederwahl sichert Reagan die Kontinuität, das heisst, die Aussenpolitik dürfte weitgehend unverändert bleiben. Solange sich die Sowjets nicht zur Rückkehr an den Verhandlungstisch durchringen, bleibt's beim permanenten Frost zwischen Washington und Moskau. Zudem werden die Amerikaner in ihren Rüstungsanstrengungen in dem Falle nicht nachlassen.

Anstrengungen übrigens, die den Weltfrieden in den ersten vier Reagan-Jahren stärkten. Der

Kreml krönte – zur Erinnerung – die sogenannte Detente-Dekade der siebziger Jahre mit der Einführung und Stationierung der mobilen atomaren SS-20-Mittelstrecken-Raketen und dem Einmarsch in das unabhängige, blockfreie Afghanistan; Ende Dezember geht dieser Krieg der Sowjets ins sechste Jahr.

Seit Reagan in Washington amtiert, verhält sich Moskau äusserst vorsichtig, meidet weiteres direktes Expansions-Engagement, baute gar an Randzonen wie Moçambique, Angola ab. Auf die Dauer dürfte die Sowjetunion schwerlich einen fortgesetzten Rüstungswettlauf mit den USA durchstehen können, zumal sie gerade in der «hohen» Technologie schon heute an die zehn bis fünfzehn Jahre hinter Amerikanern und Japanern – und bald schon der Volksrepublik China – herhinkt. Diese Lücke muss nicht (und tat es auch teilweise nicht) für den militärisch-strategisch-technologischen Bereich gelten, trifft aber nahezu auf den gesamten sonstigen Volkswirtschaftsbereich zu.

Sowjets unter Zugzwang

Im Rennen mit den USA dürfte der Sowjetunion der wirtschaftliche Atem ausgehen. Sie atmet schon kurz. Ronald Reagan hat seinen Wählern «ernste Gespräche» mit den Sowjets versprochen. Die meisten Amerikaner halten einen solchen «Dialog» für notwendig, teilen aber auch das Misstrauen des Präsidenten gegenüber der Kremelführung. Die Verbündeten in Europa hingegen sind grösstenteils der Ansicht, die USA müssten den ersten Schritt tun, um den vor mehr als einem Jahr von der Sowjetunion unterbrochenen Abrüstungsdialog wieder in Gang zu bringen.